



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in die feministische Diskussion relevanter Themen aus dem Bereich „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 2/2022

## Extraktivismus

### Gender-Aspekte und Perspektiven von Frauen in Bergbau-Regionen

---

#### Einleitung

*Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat der europäischen Öffentlichkeit drastisch die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen als Energieträger und – wie schon in der Corona-Pandemie – die enge globale wirtschaftliche Verflechtung vor Augen geführt.*

*In diesem WIDE-Update geht es um Gender-Aspekte des Abbaus von Rohstoffen im globalen Süden für die industrielle Produktion von Gütern, mit Fokus auf den Abbau von Mineralien, die für Elektronik oder erneuerbare Energie gebraucht werden.*

*Gewalt ist in verschiedenen Formen offenbar untrennbar mit Extraktivismus verbunden – das Thema zieht sich durch viele Beiträge.*

*Das WIDE-Update beginnt mit der Vorstellung von Studien des Frauennetzwerks WoMin aus dem südlichen Afrika zu frauenspezifischen Aspekten von Bergbau, die als Überblick und Einstieg in das Thema sehr zu empfehlen sind und daher einzeln vorgestellt werden.*

*Weitere Beiträge widmen sich Publikationen zum informellem Kleinbergbau in Subsahara-Afrika, dem Handel mit Mineralien aus Konfliktregionen, Optionen und Risiken der Formalisierung des informellen artesischen Bergbaus und Regulierungsansätzen seitens der importierenden Industriestaaten.*

*Das Update endet mit dem Hinweis auf eine Studie zu feministischen Positionierungen im Kontext von (neo-)extraktivistischen Wirtschaftsmodellen in Lateinamerika.*

*Wir wünschen gute Lektüre!*

#### WoMin-Kollektion: Frauen, Gender und Extraktivismus in Afrika

Um sich dem Thema Extraktivismus aus einer feministischen Perspektive anzunähern, eignet sich eine Sammlung von sechs Studien sehr gut, in der unterschiedliche Aspekte des Themas mit einem Fokus auf Sub-Sahara-Afrika vorgestellt werden.

Erarbeitet wurden die Beiträge in Zusammenarbeit zwischen der Fraueninitiative WoMin und IANRA.

WoMin ist eine Initiative von Frauen im südlichen Afrika, die in zahlreichen afrikanischen Ländern über 50 Frauengruppen bei der Mobilisierung für ihre Rechte unterstützt und Forschungsprogramme zu Extraktivismus durchführt.

IANRA (International Alliance on Natural Resources in Africa) ist ein Netzwerk mit 29 Mitgliedern, welche sich mit Fragen rund um natürliche Ressourcen beschäftigen und zu ihrem gerechteren und nachhaltigeren Gebrauch beitragen möchten.

Als Herausgeberin der Sammlung fungiert Samantha Hargreaves, die Direktorin von WoMin, gemeinsam mit Patricia Hamilton von der Universität Sussex. Zahlreiche Forscher\*innen, Lektor\*innen und Ressource\*personen aus dem Netzwerk haben mitgewirkt und Perspektiven aus ihrem jeweiligen nationalen Kontext beigetragen.

Die hier vorliegende Arbeit und Analyse ist Teil eines größeren regionalen Programms. Es verbindet anwendungsbezogene Forschung

mit der Unterstützung von Basisorganisationen und Movement Building auf Länderebene angesichts der wachsenden sozialen und ökologischen Krise durch die rapide Expansion der Bergbaukonzerne sowie der verheerenden Auswirkungen der Klimakrise in der Region.

In der Einleitung zur Sammlung werden der Hintergrund und die Begrifflichkeiten erläutert. Es folgen die Perspektive von WoMin auf die verschiedenen Menschenrechte, die für Frauen im Zusammenhang mit Bergbau von Bedeutung sind, ein detaillierter Blick auf die aktuelle Situation von Frauen im Bergbau, die Auswirkungen auf Ernährungssouveränität und Subsistenzbäuer\*innen, die unbezahlte Arbeit der Frauen\* in den Minen, körperliche Aspekte betreffend Sexualität und Autonomie, sowie die Frage, ob handwerklicher Bergbau zum Empowerment von Frauen\* beitragen kann. Mit einem „Advocacy Tool“, einer Liste von relevanten Verträgen und Abkommen, auf die in der NGO-Arbeit Bezug genommen werden kann, schließt die Serie.

IANRA & WOMIN (2020): [Women, Gender and Extractivism in Africa. A collection of Papers](#) (246 Seiten)

Alle sechs Papers sowie die „Background Note“ und ein „Advocacy Tool“ sind auch einzeln als pdfs abrufbar: <https://womin.africa/archive/available-literature/>

### **WoMin Paper 1: Menschenrechte und Bergbau-Abkommen**

Teil 1 der WoMin-Sammlung präsentiert einen Überblick und untersucht sowohl allgemeine, internationale Menschenrechts-abkommen als auch spezifische, regionale Abkommen zu Extraktivismus aus der Perspektive armer und marginalisierter Frauen in Sub-Sahara-Afrika, welche vom Bergbau im Rahmen von Erwerbsarbeit oder aus Community Sicht betroffen sind.

Es wird ausführlich erörtert, wie diese Abkommen von marginalisierten Frauen und ihren Unterstützungsorganisationen genutzt werden können, um Ansprüche geltend zu machen, insbesondere in Bezug auf wirtschaftliche Ermächtigung, angemessene Gesundheitsversorgung, Nahrungssicherheit, Landrechte und faire und gerechte Entschädigung bei unvermeidbarer Umsiedlung.

Es werden aber auch diverse Schwachstellen der Rahmenbedingungen aufgezeigt. So zeigt der Review, dass allgemeine, internationale Menschenrechts- und Grundsatzdokumente einige starke Bestimmungen beinhalten,

welche die Rechte von Bäuerinnen und Frauen aus der Arbeiter\*innenklasse schützen können. Die regionalen Abkommen werden hingegen stark kritisiert. Die bergbau-bezogenen Rahmenbedingungen in den afrikanischen Abkommen bzw. Richtlinien werden als oft geschlechtsblind bezeichnet und verschmelzen die Erfahrungen, Bedürfnisse und Interessen von Frauen und Männern, wodurch oft Frauenrechte verletzt werden oder wenig Raum bekommen.

<https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/paper-one-1.pdf>

### **WoMin Paper 2: Frauen im industriellen Bergbau**

In diesem Teil geht es um die Partizipation und die Rolle von Frauen im industriellen Bergbau und es wird aufgezeigt, dass es sich dabei keineswegs um ein neues oder unbedeutendes Phänomen handelt.

Zunächst kommt die männliche Perspektive zur Sprache. Es wird geschildert, wie diese maskuline Mythologie die Frauen diskriminiert und sich auch in der kolonialen Komponente der Gesetzgebung ausdrückte.

Der nächste Abschnitt widmet sich der in den Minen des globalen Nordens arbeitenden Frauen. Hier wird beschrieben, wie der 2. Weltkrieg den Umschwung brachte. Frauen wurden eingestellt, was bei diesen zu einem Umdenken in Bezug auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und zum Kampf um gleichberechtigten Zugang zu Erwerbsarbeit führte. Zwei Fallstudien werden erläutert, eine zur Identitätskonstruktion in einer Bergbauregion in den USA und eine in Australien, wo es darum ging, gendergerechte Arbeitsteilung einzuführen.

Im darauffolgenden Kapitel geht es um die in den Minen des globalen Südens arbeitenden Frauen und die verschiedene Weise, wie sie Einfluss gewinnen konnten. Als historisches Beispiel wird die Rolle der Frauen im Asbest-Bergbau in Südafrika beschrieben, wo sie bis zu 50% der Belegschaft ausmachten.

Auch die heutige Situation in Südafrika wird dargestellt, wo ein Quotensystem eingeführt wurde. Geschildert werden die trotz gesetzlicher Regelungen diskriminierenden Arbeitsbedingungen und Belohnungen sowie die damit verbundenen Bewältigungsstrategien.

Auch die Situation der Minenarbeiterinnen in Indien kommt zur Sprache und wird mit individuellen Beispielen anschaulich gemacht.

Der reproduktiven Arbeit der Frauen im Bergbau wird ein eigener Abschnitt gewidmet und es wird gezeigt, wie die Minengesellschaften ihre Verantwortung und die Kosten für die Erhaltung ihrer Arbeitskräfte auf den Schultern der Frauen abladen. (20 Seiten)

<https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/paper-two.pdf>

### **WoMin Paper 3: Untergrabene Land- und Ernährungssouveränität**

In diesem Paper werden vorwiegend die Folgen von Extraktivismus für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in afrikanischen Ländern südlich der Sahara beschrieben.

Durch den Abbau von Bodenschätzen werden Menschen ihres fruchtbaren Landes für die Landwirtschaft beraubt. Entschädigungen gibt es in Form von häufig zu geringen Ausgleichszahlungen, der Zuweisung von anderem, oft geringwertigerem Land, oder es gibt keinerlei Ausgleich.

Außerdem kann es auch, wie es ein Bergbauunternehmen in Tansania gemacht hat, Vorschriften für die Bewirtschaftung von Ausgleichsflächen geben. So wurde der Anbau mehrjähriger Pflanzen oder Bäume verboten, um im Falle einer weiteren Umsiedlung keine Entschädigungen zahlen zu müssen. Eine besondere Bedrohung für die lokale Bevölkerung liegt im Wasserraub und der Verschmutzung des Wassers. „Wasserraub“ bezeichnet die großen Mengen an Wasser, die durch den Bergbau verbraucht werden.

So trägt der Bergbau in Südafrika zur wachsenden nationalen Wasserkrise bei, wobei bis 2030 ein Defizit von 2,7 Milliarden Kubikmetern Wasser prognostiziert wird. Aber auch die unsachgemäße Entsorgung der Abfälle, die beim Abbau von Bodenschätzen anfallen, haben enorme Auswirkungen. Diese Abfälle enthalten giftige Elemente, die in Wechselwirkungen mit Wasser zu Gift für den Boden und in weiterer Folge für Tier und Mensch werden.

Frauen sind häufiger mit den Problemen der kontaminierten Böden und Gewässer konfrontiert, da sie für die Subsistenzlandwirtschaft, die Ernährung ihrer Familie und für das Besorgen von Wasser zuständig sind. Wenn Menschen über ihre

Rechte Bescheid wissen und Zugang zu Information und Bewusstsein haben, so können sie mit verbündeten zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen dieses Unrecht ankämpfen. So wie es Emilia aus Ghana tat, die Demonstrationen anführte und sich politisch engagierte, bis sie es schließlich zusammen mit anderen Frauen schaffte, gerechte Entschädigungen zu ermöglichen. (30 Seiten)

<https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/paper-three.pdf>

### **WoMin Paper 4: Unsichtbarer Beitrag zum Bergbau: unbezahlte Frauenarbeit**

Diese Studie erforscht die Auswirkungen von Bergbau auf die unbezahlte Arbeit von Frauen, ein Aspekt, welcher in Analysen zu den Auswirkungen von Extraktivismus oft keine Beachtung geschenkt wird.

Unbezahlte Arbeit von Frauen umfasst vor allem hauswirtschaftlich oder pflegeorientierte Arbeit, also Arbeit innerhalb des Hauses, welche eine breite Palette von Waren und Dienstleistung produziert und welche für das Wohlergehen von Haushaltsmitgliedern und Arbeitskräften von entscheidender Bedeutung ist. Trotzdem wird diese Arbeit und ihr sozialer und wirtschaftlicher Wert nicht anerkannt, gezählt, bewertet und bezahlt.

In dem Bericht wird aufgezeigt, wie sich das Bergbaukapital in Subsahara-Afrika seit fast einem Jahrhundert entwickelt hat, unter anderem durch die Extrahierung von unbezahlter Pflege- und Hausarbeit von Frauen.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass gerade auch die Tendenz, billige Arbeitskraft durch die Anwerbung von männlichen Migranten, welche ihre Familien nicht nachziehen lassen konnten, schwerwiegende Auswirkungen auf die zurückbleibenden Frauen und Kinder hatte. Die Familien der Bergbauarbeiter mit Migrationshintergrund blieben typischerweise in ihren ländlichen Gegenden, in Südafrika oder in den angrenzenden Ländern wie Mosambik, Malawi, Swasiland und Lesotho. Frauen mussten meist die niedrigen Überweisungen der Männer aus der Minenarbeit mit Subsistenzlandwirtschaft ergänzen, um ihre Haushaltsmitglieder zu ernähren.

Schließlich informiert die Studie darüber, dass IANRA und das *Women's Legal Center* (WLC) in

Südafrika partnerschaftlich am Aufbau einer regionalen Rechtsgrundlage und einer politischen Strategie, für die Anerkennung und Entschädigung unbezahlter Pflegeleistungen von Frauen von männlichen Bergbauarbeitern, die von Silikose betroffen sind, arbeiten. (31 Seiten)

<https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/paper-four.pdf>

### WoMin Paper 5: Extraktivismus und sexuelle Selbstbestimmung von Frauen

Diese Studie von WoMin über den Körper, die Sexualität und die Autonomie von Frauen befasst sich mit den Auswirkungen des Extraktivismus auf die Möglichkeiten von Frauen, sichere und informierte Entscheidungen über ihren Körper, ihre Gesundheit und ihre Sexualität zu treffen.

Ein Fokus liegt auf Sexarbeit, weshalb sich drei der fünf Kapitel mit diesem Thema befassen: Die theoretische Konzeptualisierung von Sexarbeit, die Gegenüberstellung von Sexarbeit im globalen Süden und Norden sowie die Risiken für HIV/AIDS, sexuell übertragbare Krankheiten und andere sexuelle Risiken für Frauen.

Interessant ist zum Beispiel das Konzept der Sexarbeit als „Widerstand“ gegen die etablierte Gesellschaftsordnung, das sehr stark im nordamerikanischen Kontext auftaucht. Da Frauen von der Lohnarbeit in den Minen ausgeschlossen waren, war/ist Sexarbeit die neben stereotyp weiblichen Dienstleistungen wie Kochen und Putzen die lukrativste Arbeit. Die Verwischung der Grenzen zwischen häuslicher und sexueller Arbeit im Kontext des globalen Südens erschwert die oben genannte Interpretation. Ein Beispiel aus Sambia zeigt, dass Frauen als Gegenleistung für wirtschaftliche Unterstützung sowohl sexuelle als auch häusliche Arbeit „anbieten“, oder ausschließlich Sex, oder eine Reihe von Dienstleistungen dazwischen. In allen Fällen handelt es sich um einen Überlebensdrang der Frauen und nicht um „Widerstand“.

Letztendlich findet sich auch ein Kapitel über Gewalt gegen Frauen, in dem argumentiert wird, dass diese dem Extraktivismus inhärent ist, sowie wichtige Empfehlungen und Schlussfolgerungen. (28 Seiten)

<https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/paper-five.pdf>

### WoMin Paper 6: Empowerment von Frauen durch Formalisierung des Kleinbergbaus?

Das sechste Papier in der WoMin-Sammlung beschreibt die Erfahrungen von Frauen im handwerklichen Kleinbergbau (artesanal mining, abgekürzt ASM). Es werden die Hindernisse aufgezeigt, die einer gleichberechtigten Beteiligung von Frauen im Wege stehen und es werden Empfehlungen für die Umgestaltung des Sektors gegeben, um ein sichereres und gerechteres Arbeitsumfeld für Frauen zu gewährleisten.

Der handwerkliche Bergbau bietet weltweit über 20 Millionen Menschen eine direkte Beschäftigung und stellt aufgrund der geringen erforderlichen Kapitalinvestitionen eine rentable Einkommensmöglichkeit für die Armen dar.

Allerdings spielt die Art und Weise, wie der Sektor organisiert ist, eine entscheidende Rolle. Häufig wird diese Art des Bergbaus informell und unter unzureichenden Gesundheits- und Sicherheitsvorkehrungen durchgeführt.

Der Grad der Beteiligung von Frauen variiert, aber in allen Kontexten sind Frauen in der Regel mit „sekundären Minenaktivitäten“ (z. B. Kochen), aber auch mit der Verarbeitung von Erzen beschäftigt, bei der sie gefährlichen Substanzen wie Arsen und Quecksilber ausgesetzt sein können.

Da Frauen nur selten an der Erzgewinnung beteiligt sind, verbleiben die Gewinne aus dem Mineralienhandel größtenteils bei den Männern, während Frauen für ihre Arbeit vor Ort weniger Lohn erhalten. Frauen, die im Bergbau tätig sind, sind häufig geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Belästigung ausgesetzt und tragen die Kosten für die mit dem Bergbau verbundenen Umweltschäden, da sich ihr Zugang zu den für die Versorgung des Haushalts notwendigen Ressourcen (zum Beispiel sauberes Wasser) erschweren kann.

Die Autor\*innen des Papiers warnen davor, die Formalisierung des handwerklichen Bergbausektors als ein Allheilmittel zu betrachten. Sie kann Frauen benachteiligen, die nur einen begrenzten Zugang zu bürokratischen Verfahren haben und könnte in der Folge zu ihrem Ausschluss führen. Ein sorgfältig konzipierter Regulierungsprozess, der die Beteiligung von Frauen durch eine Kombination von *Bottom-up*- und *Top-down*-

Ansätzen in den Mittelpunkt stellt, könnte jedoch zu einem gerechteren, sichereren und nachhaltigeren Arbeitsumfeld beitragen und die Frauen im Klein-Bergbau stärken.

<https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/paper-six.pdf>

### WoMin: Advocacy Tool – internationale und regionale Instrumente

Die WoMin-Sammlung schließt mit einem Advocacy-Tool, das für Organisator\*innen, Campaigner\*innen und Forscher\*innen gedacht ist, die im Bereich Frauen\*, Gender und Extraktivismus, aber auch in verwandten Gebieten wie Frauen\*gesundheit, Land, natürliche Ressourcen und ökonomisches Empowerment arbeiten. Es werden internationale Abkommen und Rahmenwerke vorgestellt und ihre Verwendbarkeit in der Praxis aufgezeigt.

<https://womin.africa/wp-content/uploads/2020/09/advocacy-tool.pdf>

### Goldabbau im Sudan: Korruption und mangelnde Transparenz

In undemokratischen politischen Systemen spielt Korruption bei der Erteilung von Goldkonzessionen sowie beim Export und Schmuggel von Gold eine entscheidende Rolle. Dies hat Auswirkungen auf die Verteilung von Reichtum und Macht sowie auf das sozioökonomische Gefüge, auf die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen im Sudan.

Damit befasst sich eine Studie der *Sudan Transparency Initiative*, die auf schon etwas älteren Daten beruht, jedoch nichts an Relevanz verloren hat.

Unzureichende Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten lassen den im Bergbau arbeitenden Menschen kaum eine andere Wahl. Goldabbau und Goldverarbeitung belasten die Gesundheit der Bergarbeiter\*innen, was sich durch den unzureichenden Zugang zu Gesundheitsdiensten noch verschärft.

Zugleich schafft der Neoliberalismus günstige Bedingungen für das Gedeihen von Schmuggel und Korruption. Da es keine Rechtsstaatlichkeit gibt, sind die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen zur Durchsetzung der Vorschriften zu schwach, um die Korruption zu bekämpfen.

Die kommerzielle Goldproduktion im Sudan wurde 1990 mit der Gründung der sudanesisch-französischen *Ariab Gold Mining Company* aufgenommen. Im Jahr 2012 hatte der Sudan einen Anteil von knapp zwei Prozent an der weltweiten Goldproduktion. Die Produktion stieg über die Jahre stark an: von 15 Tonnen im Jahr 2009 auf 73 Tonnen im Jahr 2014.

Im Sudan gibt es drei Arten von Bergbau: den handwerklichen (traditionellen) Bergbau, den Kleinbergbau und den industriellen Bergbau in großem Maßstab. Es gibt auch einen beträchtlichen Handel mit der Wiederaufbereitung von Bergbaurückständen (die als „Karta“ bezeichnet werden).

173 Unternehmen sind im Kleinbergbau tätig, 142 im Großbergbau, und 52 sind Karta-Unternehmen. Andere Quellen gehen von 132 Unternehmen aus, die im regulären Bergbausektor im Sudan tätig sind, darunter 15 große ausländische Unternehmen.

Der Rechnungsprüfungsbericht des Sudan aus 2011 dokumentierte Zollbefreiungen im Wert von 913 Millionen sudanesischen Pfund (etwa 137 Millionen US-Dollar), die 587 Unternehmen und Organisationen gewährt wurden. In diesem Bericht wird moniert, dass dem Amt die Instrumente fehlen, um zu untersuchen, ob die diese Befreiungen gerechtfertigt sind.

Kritisiert wurde auch, dass die Gebarung der Zollpolizei, der mit der Einhebung der Zölle beauftragt ist, nicht vom Finanzministerium kontrolliert wird. Es bestehe eine enorme Diskrepanz zwischen den kalkulierten Staatseinnahmen in Höhe von 200 Milliarden Dollar und tatsächlichen Einnahmen in der Höhe von 24 Milliarden Dollar.

Laut dem Bericht einer UN-Expert\*innen-gruppe wurde zwischen 2010 und 2014 Gold im Wert von mehr als 4,5 Milliarden Dollar aus dem Sudan in die Vereinigten Arabischen Emirate geschmuggelt. Obwohl der Sudan über ein Gesetz verfügt, das den traditionellen Bergbau durch die Erteilung von Lizenzen und die Festlegung von Schürfgebieten regelt, um die Bergleute vor gefährlichen Bedingungen und Schmuggel zu schützen, wurden 2014 rund 33 Tonnen Gold geschmuggelt, gegenüber 40 Tonnen, die über offizielle Kanäle exportiert wurden. Auch im Jahr 2016 klaffte eine große Lücke zwischen der gemeldeten Goldproduktion von 93,4 Tonnen und der Exportrechnung in Höhe von 1156

Millionen Dollar, was schätzungsweise 30 Tonnen Ausfuhren entspricht.

Die weit verbreitete Korruption in vielen Sektoren verschlechtert die wirtschaftliche Lage und trägt zur Erschöpfung der Hartwährungsreserven des Landes bei. Ohne institutionelle Transparenz und klare Durchsetzungsmechanismen werden die Rechtsvorschriften, einschließlich der Vorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche, nichts bewirken.

Sudan Democracy First Group / Sudan Transparency Initiative (o.J.): [The Politics of Mining and Trading of Gold in Sudan: Challenges of Corruption and Lack of Transparency](#)

## IWF: Steuervermeidung durch Bergbaukonzerne

Mit Steuervermeidung und -hinterziehung durch transnationale Bergbau-Unternehmen, die in Subsahara-Afrika aktiv sind, befasst sich ein vom Internationalen Währungsfonds (IWF) herausgegebener Bericht von November 2021.

Fazit des Reports: Die afrikanischen Länder verlieren pro Jahr zwischen 470 und 730 Millionen US-Dollar an Steuereinnahmen – Geld, das sie für öffentliche Dienstleistungen und Investitionen gerade im Gefolge der COVID-19-Pandemie dringend benötigen würden. Und das, obwohl in Staaten, in denen industrieller Bergbau betrieben wird – der von ausländischen Unternehmen dominiert ist – auch die Besteuerung dieses Sektors eine wichtige Rolle spielt.

Negativ wirkt sich aus, dass den Konzernen diverse Steuererleichterungen gewährt werden, damit ihr Kapital und Know-How ins Land kommen, was letztlich zu einem regionalen Steuerwettbewerb nach unten führt.

Transnationale Konzerne sind in der Lage, Schlupflöcher zu finden, sodass sie ihre Gewinne in jenen Ländern deklarieren, in denen sie am wenigsten Steuern zahlen müssen – was die Steuerbasis afrikanischer Länder weiter schwächt.

Um eine Erhöhung der Steuereinnahmen aus diesem Sektor zu erreichen, wird gegen die Praxis der Steuererleichterungen argumentiert und es werden konkrete Vorschläge gemacht, wie die Verschiebung von Gewinnen eingedämmt werden kann.

IMF (2021): [Tax Avoidance in Sub-Saharan Africa's Mining Sector](#)

Albertin, Giorgia et al (5.11.2021): [Countering Tax Avoidance in Sub-Saharan Africa's Mining Sector](#)

## Südafrika: Gewalt als Einschüchterungsstrategie

Am 22. Oktober 2020 wurde die 65-jährige Fikile Ntshangase, eine frühere Lehrerin, in ihrem Haus in Südafrikas östlicher Provinz KwaZulu-Natal von drei unbekanntem Männern durch sechs Schüsse ermordet.

Fikile Ntshangase war Obfrau der *Mfolozi Community Environmental Justice Organization* (MCEJO), die in einen Rechtsstreit mit dem Tendele Coal-Konzern über dessen Plan, seine nahegelegene Kohlegrube eines Nationalparks auszuweiten, involviert war.

Die Aktivistin hatte vor den Auswirkungen einer Minenausweitung gewarnt: Gesundheitsschäden, Luft-, Wasser- und Landverschmutzung, Beschädigung der lokalen Häuser, Umsiedlungen, Gefährdung der Existenz als Subsistenzbäuer\*innen der meisten Bewohner\*innen der Umgebung.

Der Mord an Fikile Ntshangase ist kein Einzelfall. *Human Rights Watch* hat eine Reihe von physischen und anderen Attacken auf Aktivist\*innen gegen Minenprojekte, sehr oft Frauen, in ganz Südafrika dokumentiert.

Bergbau macht 8 bis 10% des südafrikanischen BIP aus und beschäftigte 2019 eine halbe Million Menschen, 20% davon in der Kohleförderung. Südafrika ist energiemäßig stark von der Kohle abhängig.

Im November 2021 versprachen die USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die EU 8,5 Mrd. US-Dollar, um Südafrika beim Kohleausstieg zu helfen. Das Geld soll den Regionen und Beschäftigten, die von der Umstellung betroffen sind, zugutekommen, also auch der Region der Tendele Coal-Mine. Dort wird argumentiert, dass 1.200 Beschäftigte ihren Job verlieren würden, wenn es keine Expansion gibt. Vielleicht hilft die Unterstützung, Fikile Ntshangase's Ziel, die Community vor den Schäden durch den Minenausbau zu schützen, zu erreichen.

Gostoli, Ylenia (2.11.2022): [A coal mine, an unsolved murder: a woman's fight for her mother's legacy](#)

## Extraktivismus und geschlechtsspezifische Gewalt

Seit der Verabschiedung des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 sind in verschiedenen Ländern der Welt Umwelt-Aktivistinnen ermordet worden; rund ein Drittel hatte sich gegen extraktive Industrien eingesetzt, schreibt Rachel Cox von *Global Witness* in einem Blogbeitrag zum diesjährigen Frauentag.

Weibliche Umwelt-Aktivist\*innen werden speziell mit geschlechtsspezifischer Gewalt wie Vergewaltigung bedroht und mit sexualisierten Beschimpfungen und Verleumdungskampagnen konfrontiert, die darauf abzielen, ihren Ruf und ihr soziales Ansehen zu schädigen und die öffentliche Unterstützung für ihre Sache zu schwächen.

Untersuchungen zeigen, dass im Kontext von Bergbau-Industrien eine weitverbreitete Kultur der Gewalt herrscht. Frauen, die im Rohstoffsektor arbeiten, sind einem erhöhten Risiko von Angriffen, einschließlich sexueller Übergriffe, ausgesetzt.

Auch die häusliche Gewalt gegen Frauen scheint in der Nähe großer Rohstoffvorkommen zuzunehmen. Dies ist das Ergebnis vieler Umstände, einschließlich der Änderung traditioneller Eigentumsverhältnisse, der Migration von Männern in Städte in der Nähe von Bergbauprojekten, und dem ökonomischen Benefit, den stärker Männer aus dem Bergbau ziehen können.

Nicht alle Frauen sind in gleichem Maße gefährdet. So ist in Kolumbien die Zahl der gemeldeten Morde an Frauen, die indigenen oder afro-kolumbianischen Gemeinschaften angehören, höher. Die Betroffenheit von Gewalt gegen Frauen hängt von einer Reihe sich überschneidender Faktoren ab, von der Hautfarbe bis zum sozioökonomischen Status.

Cox, Rachel (8.3.2022): [Around the world, women are putting their lives on the line to defend the climate](#)

## USA/Kanada: Gewalt gegen indigene Frauen in Bergbauregionen

Mitglieder indigener Gemeinschaften aus der ganzen Welt machten auf der Weltklimakonferenz COP26 im November 2021 auf den Zusammenhang zwischen vermissten und ermordeten indigenen Frauen

und gender-non-konformen Personen und der Rohstoffgewinnungsindustrie – Öl und Gas, Bergbau, Forstwirtschaft und Wasserkraftentwicklung – aufmerksam.

Laut einem Bericht von „Front Line Defenders“ waren 2020 die Menschen, die am stärksten bedroht wurden, Aktivist\*innen für Landrechte, Umwelt und indigene Völker (21 %), LGBTQ+-Rechte (14 %) und Frauenrechte (11 %). Von 331 Menschenrechtsverteidiger\*innen, die im Jahr 2020 getötet wurden, waren 26 % für die Rechte indigener Völker tätig.

Es gibt klare Zusammenhänge zwischen der Zerstörung des Landes und der Gewalt gegen indigene Menschen, insbesondere gegen Frauen und Mädchen. Viele der Bergbau-Unternehmen etablieren an ihren Rohstoffabbaustätten Camps für überwiegend männliche Arbeitskräfte. In diesen Lagern kommt es vermehrt zu sexuellen Übergriffen, Belästigungen, Geschlechtskrankheiten und Menschenhandel. In Kanada widmete eine Untersuchungskommission über vermisste und ermordete indigene Frauen und Mädchen einen ganzen Abschnitt der Gewalt in den Bergbauregionen und gab Empfehlungen zur Bewältigung dieser Krise an die Regierung ab.

Viele Aktivist\*innengruppen und indigene Völker weisen seit langem auf den Zusammenhang zwischen Bergbauprojekten und sexueller Gewalt hin. Ländliche Gemeinden verfügen meist nicht über die Infrastruktur, die Führungskapazitäten oder das Wissen, um auf die raschen sozialen Veränderungen und das Bevölkerungswachstum zu reagieren. Das schafft Bedingungen, unter denen die Gewalt gegen indigene Frauen zunimmt. Die extraktive Industrie stellt eine derartige Bedrohung für indigene Frauen, queere und transsexuelle Menschen dar, dass einige indigene Nationen beschlossen haben, ihre Gesundheitszentren mit Vergewaltigungskits auszustatten, um sich auf den Zustrom männlicher Arbeiter vorzubereiten.

„Sie sehen uns als Wegwerfartikel an, genauso wie sie unsere Gemeinden als zu opfernde Gebiete (*sacrifice zones*) betrachten. Männer ziehen durch, sie richten sich in Camps, Hotels und Motels ein. Sie bringen Drogen und Alkohol mit; sie stehlen unsere Frauen durch direkte Entführung und durch Verlockungen, und dann werden sie nie wieder gefunden“, sagte Casey Camp-Horinek,

Umweltbotschafterin der Ponca Nation (USA) auf der COP.

Anarchist Federation (9.11.2021): [Indigenous-Led Action In Memory Of MMIW and Relatives](#)

## **GIZ: Geschlechtsspezifische Gewalt im Bergbausektor in Subsahara-Afrika**

Eine Studie, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), bietet einen gründlichen und fundierten Einblick in die Situation bezüglich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt (*Sexual and Gender-Based Violence*, abgekürzt SGBV) im Bergbausektor in Subsahara-Afrika mit besonderem Fokus auf die Demokratische Republik Kongo (DRC), Südafrika, Tansania und Uganda.

Sie bezieht sich auf Frauen\* in ihren verschiedenen Rollen im Minensektor: als Angestellte von Bergbaukonzernen, als Kleinschürferinnen, als Gemeindemitglieder und als Aktivistinnen. Während SGBV in verschiedenen Bereichen vorkommt, ist gerade der Minensektor besonders betroffen.

Diese spezielle Schnittstelle zwischen SGBV und Bergbau wird untersucht, die Gesetzeslage analysiert und Empfehlungen gegeben. Interviews ergänzen die Studie. Zusätzlich sind in verschiedenen Kästen Fallbeispiele eingefügt, z.B. eines zu Gewalt gegen Kinder und Kinderarbeit im Sektor.

Der Bericht ist in fünf Abschnitte eingeteilt, wovon der erste den Kontext, das analytische Bezugssystem und die Methodologie erklärt. Abschnitt 2 erläutert, was SGBV im Bergbau im Detail bedeutet. Sektion 3 erklärt die anwendbaren internationalen, regionalen und nationalen legalen Bezugsrahmen und Standards. In Abschnitt 4 geht es dann um einen Überblick über laufende Programme, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen. Die Studie schließt in Sektion 5 mit einer Reflektion zur Analyse und gibt Empfehlungen für die verschiedenen Akteure im Bergbausektor.

Fokussierte Länderprofile befinden sich im Anhang.

GIZ (2020): [Sexual and Gender-Based Violence in the Mining Sector in Africa. Evidence and reflections from the DRC, South Africa, Tanzania & Uganda](#)

## **Konfliktmineralien – D.R. Kongo**

Der mineralische Rohstoffsektor ist oft mit besonders schwerwiegenden ökologischen und sozialen Auswirkungen sowie mit Konflikten und Menschenrechtsverletzungen verknüpft. So stellte Anfang der 2000er-Jahre der Abbau der für elektronische Geräte zentralen Rohstoffe Tantal und Wolfram eine wichtige Einnahmequelle für bewaffnete Gruppen in der Demokratischen Republik Kongo dar. Auch Gold und Coltan sind heiß begehrt und werden unter anderem für Elektronik gebraucht.

Beispiel Gold: „DRC: Weitverbreitete und systematische Gewalt bei Zusammenstößen wegen Gold“, lautete eine UN-Nachricht im August 2021. Rivalisierende Milizen, die in der südöstlichen Provinz Tanganyika über die Kontrolle von Goldminen kämpften, vertrieben gewaltsam Anwohner\*innen und übten massive sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen aus. Innerhalb von zwei Wochen kam es in zwölf Dörfern zu 243 Vergewaltigungen, darunter in 48 Fällen an Minderjährigen, heißt es in dem UN-Bericht.

Beispiel Coltan: Im Jahr 2019 wurden 40 % des weltweit verkauften Coltans in der Demokratischen Republik Kongo gefördert. 40.000 Kinder und Jugendliche arbeiten hier im Coltan-Abbau. Sie kommen aus abgelegenen Dörfern und Städten der Provinz Kivu und haben entweder die Schule abgebrochen oder nie die Möglichkeit gehabt, sie zu besuchen. Sie arbeiten als Erzwäscher- und -gräber\*innen unter gefährlichen Bedingungen. Kinder sind auch im Kleinschmuggel tätig und verkaufen Coltan in den Städten entlang der Grenzen zu Burundi, Ruanda und Uganda. Da sie die Arbeit von Erwachsenen in einem gefährlichen Umfeld verrichten, sind viele Kinderschürfer\*innen Schikanen, Misshandlungen und gesundheitlichen Problemen ausgesetzt.

Berichten einer NGO aus Bukavo zufolge sind in den Coltan-Minen Prostitution, sexuell übertragbare Krankheiten und Vergewaltigungen an der Tagesordnung. Diejenigen, die weite Strecken zurücklegen, um Coltan zu schmuggeln, sind auch anfällig für die Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen.

UN (13.8.2021): [DR Congo: 'Widespread and systematic' violence linked to clashes over gold](#)



Institute for Security Studies (18.10.2021): [Child miners: the dark side of the DRC's coltan wealth](#)

## EU-Verordnung zu Konfliktmineralien

Eine EU-Verordnung zu Konfliktmineralien hat EU-weit erstmals verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen eingeführt.

„Ziel der EU-Verordnung ist es, Möglichkeiten für bewaffnete Gruppen und Sicherheitskräfte zum Handel mit bestimmten Rohstoffen einzuschränken. Um dieses Ziel zu erreichen, gibt die Verordnung vor, dass Unternehmen, die eine bestimmte Mindestmenge der Rohstoffe Tantal, Wolfram, Zinn und Gold einführen, Sorgfaltspflichten umzusetzen haben, um so zu vermeiden, zu Konflikten beizutragen. Ein wichtiger Schritt besteht darin, nachzuvollziehen, ob die importierten Rohstoffe aus Konflikt- und Hochrisikogebieten stammen“, schreibt Karin Küblböck von der Forschungsstiftung ÖFSE in einer Policy Note.

Die Konfliktmineralien-Verordnung kann als ein „Probelauf“ angesehen werden, aus dem Lehren für die Einführung von umfassenderen Regulierungen im mineralischen Rohstoffsektor sowie von unternehmerischen Sorgfaltspflichten in anderen Wirtschaftssektoren abgeleitet werden können, meint Küblböck. Sie betont, dass die intensive Kooperation mit lokalen AkteurInnen wichtig sei, um Verbesserungen der Abbaubedingungen umzusetzen und negative Auswirkungen der Regulierung zu vermeiden, sowie die Einführung von wirksamen Sanktionen bei Nichterfüllung der Sorgfaltspflichten.

Küblböck, Karin (2021): [Die EU-Konfliktmineralienverordnung – ein Probelauf für verantwortungsvolle Beschaffung im Rohstoffsektor?](#)

## Kohleabbau im Senegal: Ansatz für ökofeministische Folgenabschätzung

Diese Studie zum Kohleabbau im Senegal wurde auf der ersten afrikanischen Counter-COP im Oktober 2021 vorgestellt.

Ende 2018 wurde von mehreren Organisationen eine Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen in Auftrag gegeben, um einen Beitrag zur

Gleichstellungspolitik der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) zu leisten.

Es ging darum, die extrem negativen Auswirkungen von Sendou I (Senegal) auf das Leben von Frauen, ihren Lebensunterhalt und die Umwelt zu verstehen und zu analysieren.

Bei der Untersuchung wurde ein ökofeministischer Rahmen für die Folgenabschätzung angewandt, der Fragen der Ökologie und des Klimas, der Frauenrechte und alternativer Entwicklungsperspektiven in den Bewertungsprozess einbezieht, die bei geschlechtsspezifischen Folgenabschätzungen häufig außer Acht gelassen werden. Der Rahmen umfasst vier Schlüsselindikatoren und ist einfach zu übernehmen.

Angesichts der ökologischen und klimatischen Auswirkungen eines nach wie vor dominierenden fossilen Energiesystems ist es von entscheidender Bedeutung, Natur und Frauen in den Mittelpunkt zu stellen. Die Klima- und Umweltkrise hat besondere Auswirkungen auf die Mehrheit der afrikanischen Frauen.

Der ökofeministische Ansatz identifiziert eine Reihe negativer Umweltauswirkungen auf Frauen, die im Rahmen der Folgenabschätzung des Sendou-I-Projekts vernachlässigt wurden, um zwei Beispiele zu nennen:

a) die Veränderung der Luftqualität, die zu einer Zunahme von Atemwegserkrankungen geführt hat, so dass Frauen aufgrund der vorherrschenden Arbeitsteilung einen größeren Anteil an unbezahlter Betreuungsarbeit leisten müssen;

b) die Verschmutzung von Wasser und Boden, die einerseits durch die Einleitung von Abwässern in die Fischverarbeitungsanlage der Frauen zu erheblichen Verlusten und Schäden geführt hat und andererseits die Gesundheit von Frauen unverhältnismäßig stark beeinträchtigt, da etwa 70 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Frauen sind, die bei der Erzeugung, Sammlung, Verarbeitung und Zubereitung von Lebensmitteln mit verschmutztem Wasser und Boden umgehen.

Weitere Auswirkungen sind der Beitrag zur Klimakrise, die Lärmbelästigung, die Beeinträchtigung der Lebensgrundlagen usw.

Zu den Empfehlungen des Berichts gehören die Relevanz ökofeministischer Perspektiven für die Politik, Strategie und den Bewertungsrahmen der AfDB sowie die Nutzung dieser Perspektiven für zivilgesellschaftliche Organisationen.

APCC (2021): [African People's Counter COP \(APCC\) 2021](#)  
Randriamaro, Zo (2019): [Women stand their ground against BIG coal: The AfDB Sendou power plant impacts on women in a time of climate crisis](#)

## Westafrika: Frauen in Management-Gremien von natürlichen Ressourcen

Für Veränderungen braucht es einen langen Atem und neben großen auch viele kleine Schritte. Die Initiative „Publish what you pay“ unterstützt seit 2018 ihre Partnerorganisationen bzw. -Koalitionen in Guinea, Senegal und Burkina Faso dabei, die Transparenz-Initiative für Extraktive Industrien (EITI) in Bezug auf Gender-Sensitivität zu stärken, damit sie allen Bürger\*innen, auch Frauen, zugutekommt. 2019 wurden dank der Bemühungen von NGOs gender-spezifische Vorgaben in Bezug auf die Beteiligung von Frauen in Gremien und hinsichtlich der Veröffentlichung von Beschäftigungsdaten in die EITI-Transparenz-Initiative aufgenommen.

In einer Studie (2021) wurde für die genannten drei westafrikanischen Staaten erhoben, welche Fortschritte aufgrund dieser neuen Vorgaben zu verzeichnen sind. Die Ergebnisse sind durchwachsen. In Burkina Faso gab es mit 50% Frauen den größten Fortschritt in der Gender-Balance bei der zivilgesellschaftlichen Vertretung – in Senegal hingegen waren unter den NGOs nur 14% Frauen, während der Frauenanteil unter den Vertreter\*innen aus der öffentlichen Verwaltung im Senegal wieder bei 35% und aus den Unternehmen bei 33% liegt.

In Burkina Faso hatte die Zivilgesellschaft nicht auf den EITI-Standard gewartet, um aktiv zu werden, aber die Gender-Vorgaben hätten ihren Forderungen Aufwind verliehen. Frauen sind dort im nationalen Überwachungskomitee zur Vergabe von Entwicklungsförderung für Bergbau vertreten, wobei sich die Zivilgesellschaft dafür einsetzt, dass ein Teil der Mittel aus diesem Fonds Frauen zugutekommen muss. Ähnlich in Guinea, wo es bereits die Vorgabe gibt, dass 20% der Mittel aus einem ähnlichen Fond von Frauen geführten Unternehmen zugutekommen sollen – was aber

entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit erfordert, damit das auch wirklich passiert.

In Guinea gab es Fortschritte im Bereich Gesetzgebung und Regulierung, wobei eindeutig auf die neuen EITI-Standards zurückgegriffen wurde. In Summe braucht es noch viele Anstrengungen, damit frauenspezifische Anliegen berücksichtigt werden, so das Fazit.

Publish What You Pay (6.12.2021): [Women's rights in natural resource governance in West Africa: Encouraging efforts, timid progress](#)

## Initiative „Frauenrechte und Bergbau“

Die Initiative „Women's Rights and Mining“ ist eine im globalen Norden angesiedelte gemeinsame Initiative mehrerer NGOs, Ministerien und Forschungseinrichtungen, die darauf abzielt, Frauenrechte im Kontext von Bergbau zu stärken.

Insbesondere sollen Stakeholder des Bergbausektors konkrete Handlungsanleitungen erhalten, wie etwa in Form von zwei „10 DO's Fact Sheets“. Diese richten sich an Regierungen, im Bergbau tätige Unternehmen, Finanzinstitutionen und andere „Praktiker\*innen“, wobei es inhaltlich einmal um Frauenrechte entlang der Lieferketten von Mineralien für nachhaltige Energietechnologien (2017) und ein anderes Mal um Frauenrechte und genderspezifische Risiken im Kontext von OECD-Sorgfaltsprüfungen (2018) geht.

Als Basis für die Handreichungen dienen Studien, von denen die Initiative mehrere durchgeführt hat. Besonders aktiv ist hier die GIZ, die 2020 eine Studie zu sexueller und geschlechtsbasierter Gewalt im Bergbausektor in Afrika veröffentlicht hat (siehe oben), oder 2019 eine Enzyklopädie zu Gender und Bergbau, in der Organisationen vorgestellt werden, die sich für die Rechte von Minenarbeiter\*innen und von Communities in Bergbauregionen einsetzen.

Die Initiative „Women's Rights and Mining“ kooperiert auch eng mit der OECD und organisiert Veranstaltungen wie das OECD-Forum für verantwortungsvolle Rohstofflieferketten mit. Auf der Website finden sich außerdem Links zu weiteren Studien, wobei sich die Publikationen nach Ländern, Organisationen und Art der Medien abrufen lassen. Die Seite ist auf Englisch, Spanisch und Französisch abrufbar, wobei die

meisten vorgestellten Materialien auf Englisch verfasst sind.

Women's Rights and Mining (o.J.): [Women's Rights and Mining](#)

## UN-Partnerschaften mit dem extraktiven Sektor?

Ein Arbeitspapier der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit AWID, DAWN und dem Global Policy Forum beschäftigt sich einerseits mit den frauenspezifischen negativen sozialen und Umwelteinflüssen extraktivistischer Industrien, andererseits mit der Kritik an der Partnerschaft zwischen UN-Women und BHP Billiton, einem anglo-australischen Extraktivismus-Konzern. BHP war 2015 an dem schlimmsten Umweltdesaster Brasiliens durch einen Minendammbruch beteiligt.

Während Männer Zugang zu Jobs und damit Einkommen durch den Bergbau haben, werden die Probleme der Frauen durch Extraktivismus aufgrund ihres Status kaum in Betracht gezogen. Frauen müssen durch den Verlust von Land für die Landwirtschaft und Wasserstellen noch härter arbeiten, können aber weniger Einkommen erwirtschaften.

Korruption in der Extraktivismus-Industrie reduziert die Ressourcen für soziale Dienstleistungen, was Frauen besonders trifft. Bewaffnete Konflikte, die oft rund um Extraktivismus-Projekte entstehen, treffen Frauen und Kinder besonders negativ. Wenn Frauen im Bergbau arbeiten, sind sie häufig mit geringeren Löhnen, ungesunden Arbeitsbedingungen und sexuellen Übergriffen konfrontiert. Wenn sie ihre Rechte einfordern, erleben sie oft Gewalt, sexuelle Misshandlungen, Einschüchterungen, Diskriminierung in der Community und andere Repressalien.

Angesichts der Beteiligung von BHP Billiton an verschiedenen Menschenrechtsverletzungen, Gesundheits- und Umweltschädigungen etc. war es befremdlich, dass UN Women 2018 eine Partnerschaft mit diesem Konzern einging. Für den Konzern ging es offensichtlich um „blue washing“ (Image-Kosmetik). Denn unter anderem in BHPs Heimatland Australien hat sein Image besonders gelitten. BHP verpflichtete sich, mehr als 15 Mio. US\$ für ein UN-Women-Programm zu stiften, und bewirbt das mit einem strahlenden Video.

BHPs Vorgeschichte wirft die Frage auf, ob UN-Women die nötige Sorgfalt beim Beschluss der Zusammenarbeit mit BHP vermissen ließ, ob die finanziellen Probleme von UN-Women der Grund dafür waren, oder es andere politische Überlegungen gab.

Auch andere Organe der Vereinten Nationen versuchen derzeit, den Unternehmenssektor zu einer Zusammenarbeit zu bewegen. Der Fall von UN-Women macht jedoch die Problematik dabei deutlich. Der gute Name einer UN-Organisation wird dafür hergegeben, dass sich ein Konzern „reinwaschen“ kann.

In den Schlussfolgerungen des Papiers wird statt solcher Partnerschaften ein UN-Abkommen über Unternehmen und Menschenrechte gefordert. Dieses muss zwingend eine umfassende Gender-Perspektive enthalten, die die spezifischen negativen Auswirkungen auf Frauen und marginalisierte Gruppen durch das Verhalten von Unternehmen thematisiert und den Schutz ihrer Rechte, ihren Zugang zur Justiz und effektive Problembewältigung garantiert.

Drei Schlüsselempfehlungen werden dafür angeführt:

- Verpflichtende Begutachtung der Auswirkungen auf Frauen.
- Gendersensible Mechanismen für Justiz und Problembewältigung.
- Respekt, Schutz und eine förderliche Umgebung für Frauen, die die Menschenrechte verteidigen.

AWID, DAWN, GPF, RLS (2019): [Extractive Industries and Violation of Women's Rights. Between partnerships and regulation - two diverging ways to tackle the problem at the UN](#) (8 Seiten)

Zusammenfassung auf Deutsch: [Extraktivismus und Frauenrechte](#)

## Kampagne für ein Lieferkettengesetz

Seit Oktober 2020 läuft in Österreich eine Kampagne für ein Lieferkettengesetz, organisiert einem Bündnis von entwicklungspolitischen NGOs (darunter viele WIDE-Mitgliedsorganisationen) sowie ÖGB und Arbeiterkammer.

Mit einem Lieferkettengesetz sollen Unternehmen auf die Einhaltung menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflichten in ihren Lieferketten verpflichtet werden.

Von den bisher entstandenen Lieferkettengesetzen in Deutschland und Frankreich lässt sich für die österreichische Initiative einiges lernen, meinen Karin Fischer, Christian Reiner und Cornelia Staritz in einem A&W-Blogbeitrag.

Das in Deutschland verabschiedete Lieferkettengesetz, das 2023 in Kraft treten wird, weist nämlich substanzielle Lücken auf. Weder ist die gesamte Zuliefererkette erfasst, noch gibt es eine zivilrechtliche Haftung mit Schadenersatz für Betroffene. Aber genau eine solche Haftungsregelung „sollte man sich nicht herausschießen lassen“, meinen die Autor\*innen.

In Frankreich wiederum habe sich gezeigt, dass Hürde für zivilrechtliche Haftungsklagen wegen Umweltzerstörung hoch ist; somit gelte es, eigens eine umweltbezogene Sorgfaltspflicht auszuarbeiten. In beiden Ländern gilt das Gesetz nur für Großunternehmen mit Hauptsitz in Deutschland; ebenso in Frankreich.

Die Initiator\*innen der österreichischen Kampagne für ein Lieferkettengesetz fordern auch die Unterstützung der österreichischen Bundesregierung für das seit 2015 in Verhandlung befindliche UN-Abkommen über eine länderübergreifende menschenrechtliche und umweltbezogene Unternehmensverantwortung.

Weiters fordert die Kampagne, dass sich die österreichische Bundesregierung konstruktiv in einen Prozess auf EU-Ebene zur Schaffung verbindlicher Regeln für die Sorgfaltspflicht von Unternehmen in Bezug auf Umwelt und Menschenrechte einbringt.

Als Handreichung zum Thema internationale Unternehmensverantwortung hat der Dachverband katholischer entwicklungspolitischer NGOs CIDSE ein „illustriertes Glossar“ herausgebracht.

Netzwerk Soziale Verantwortung (2020):

[Lieferkettengesetz jetzt!](#)

Fischer, Karin u.a. (30.11.2021): [Ein Lieferkettengesetz für Österreich: Lehren von benachbarten Initiativen](#)

Treaty Alliance (o.J.): [Treaty Alliance. Global Movement for a #Binding Treaty](#)

CIDSE (2021): [Illustriertes Glossar zur Kampagne Access to Justice](#)

Küblböck, Karin (2021): [EU-Lieferkettengesetz: Meilenstein oder Etikettenschwindel?](#)

## Gerechter Übergang: Post-Extraktivismus

Mit der Problematik der fortbestehenden und steigenden Nachfrage nach Mineralien für alternative Energien und dem weitverbreiteten “Green Washing” von destruktiven Bergbaupraktiken setzen sich *War on Want* und das *London Mining Network* auseinander.

Der Text ist eine gute Einführung in das Thema mit konkreten Infos über besonders nachgefragte Mineralien, Kritik an Machtstrukturen und dem Infrage-Stellen eines vorrangig durch die Industrie geleiteten Übergangs von fossilen zu erneuerbaren Energien.

Es gelte, die Fragen, die von indigenen Gemeinschaften und grassroots-Bewegungen gestellt werden, zu beantworten, damit der Energie-Übergang gerecht gestaltet werden kann, wie: Wer wird Zugang zu erneuerbarer Energie haben? Werden struktureller Rassismus und geschlechtsspezifische Unterdrückung fortbestehen? Ist der Übergang mit einem auf unendliches Wachstum ausgerichteten Wirtschaftsmodell vereinbar, und wird ein gerechter Übergang auch den ökologischen und kolonialen Schulden zwischen dem globalen Norden und Süden Rechnung tragen? (36 Seiten)

War on Want & London Mining Network (2019):

[A Just\(ice\) Transition is a Post-Extractive Transition](#)

## Militarisierung und Extraktivismus

In einer 40-seitigen, gut lesbar aufbereiteten Broschüre erklären zwei Autorinnen vom *Institute for Policy Studies* (USA), warum Rüstung und Militarisierung im Widerspruch zu Klimagerechtigkeit stehen.

Die Klimakrise erfordere eine Reaktion, die auf globaler Kooperation, Zusammenarbeit und Fürsorge (Care) beruht. Jedoch werde die Bewältigung des Klimawandels zunehmend als eine Frage der Sicherheit betrachtet und nicht als eine Frage der Wahrung der Menschenrechte und der Förderung der Gerechtigkeit.

„Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen wir die derzeitige extraktive Wirtschaft umstrukturieren, die Menschen und Ökosysteme schädigt. Bemühungen um Klimagerechtigkeit und Militarismus

widersprechen sich grundlegend. Echte Klimalösungen müssen im Kern antimilitaristisch sein“, heißt es in der Broschüre.

Die Autorinnen befassen sich in ihrem Text mit den USA und weisen darauf hin, dass die USA eine ganze Geschichte von Kriegen um Öl haben. Die Industrie für fossile Brennstoffe stützt sich auf die Militarisierung, um ihre Aktivitäten rund um den Globus aufrechtzuerhalten.

Menschen, die für den Schutz ihres Landes gegen Extraktivismus kämpfen, werden oft mit staatlicher und paramilitärischer Gewalt konfrontiert.

Rüstung und Kriege verlangen nach Rohstoffen und Energie. Die enormen Investitionen in das Militär haben den hohen Preis, dass in anderen gesellschaftlichen Bedarf wie den Klimaschutz nicht ausreichend investiert wird. Die aufgeblähte US-Kriegswirtschaft böte die Möglichkeit, erhebliche militärische Ressourcen, einschließlich Geld, Infrastruktur und Personal, in die Umsetzung von Lösungen für den Klimawandel umzuleiten.

Die Autorinnen betonen, dass ein gerechter Wandel („just transition“) ein friedlicher Wandel sein muss. Beim Konzept der „just transition“ handelt sich um einen Prozess des Übergangs von einer ungerechten, extraktiven Wirtschaft, die Menschen und den Planeten ausbeutet und schädigt, in eine gerechte, regenerative Wirtschaft mit gesunden, blühenden Gemeinschaften und Ökosystemen.

Sie fordern, dass der Prozess gerecht gestaltet sein muss, damit auch das Ergebnis gerecht ist.

Steichen, Lorah & Koshgarian, Lindsay (2020): [No Warming, No War. How Militarism Fuels the Climate Crisis — and Vice Versa](#)

## Plädoyer gegen die Essenzialisierung von Gender im Bergbau-Kontext

Aus einer transnational-feministischen Perspektive befassen sich zwei Forscherinnen kritisch mit der Tendenz von feministischen Aktivist\*innen, Gender-Rollen im Kontext von Extraktivismus zu naturalisieren, wenn zum Beispiel Frauen aufgrund ihres biologischen Geschlecht eine größere Nähe zur Natur oder

dem Bereich der Care-Tätigkeiten zugeschrieben wird.

Aktivist\*innen stünden unter dem Druck, zu vereinfachen, Slogans zu erfinden und Erzählungen mit Mobilisierungskraft zu schaffen, die dann allerdings den komplexen Realitäten im Spannungsfeld von globalen ökonomischen (Macht-)Beziehungen und lokalen gegenderten Beziehungen nicht immer gerecht werden.

Etwa gäbe es die Tendenz, Frauenarbeit im informellen handwerklichen Bergbau zu übersehen; ein Sektor, der unzähligen Menschen in ruralen Gebieten des globalen Südens ein Einkommen neben oder statt der Subsistenzlandwirtschaft ermöglicht. Auch auf die Konstruktion bzw. Prozesse der Schaffung von Maskulinität im Kontext des Bergbaus müsste mehr geachtet werden.

Gender-Normen zielen vielfach darauf ab, Frauen von lukrativen Bereichen fernzuhalten, jedoch sind Frauen in verschiedener Weise Tätige und nicht nur Opfer der Verhältnisse. Das wird auch für den Bereich der Prostitution/Sexarbeit konstatiert, der nicht immer ein Zwangs(arbeits-)verhältnis darstellt, sondern für Frauen unter Umständen die ökonomisch bessere Alternative sein kann.

Auch wird auf die strukturelle Gewalt hingewiesen, die durch administrative und rechtliche Rahmen erzeugt wird, da der Extraktivismus als wirtschaftliche Strategie vom Staat – im Zusammenspiel mit durchsetzungsstarken Großunternehmen – ja in der Regel gewollt ist.

Einige Ausführungen gelten dem Neo-Extraktivismus, womit eine stark national ausgerichtete Strategie der eher linksgerichteten lateinamerikanischen Staaten bezeichnet wird, welche den Extraktivismus als Grundlage für soziale Umverteilung, nationale Entwicklung und Souveränität sehen, aber dabei in Widerspruch zu indigenen Protesten und auch dem Widerstand von Frauenorganisationen geraten.

Ein spannender Text, der mit 26 Seiten inklusive Literaturangaben eine überschaubare Länge hat.

Hofmann, Susanne & Cabrapan Duarte, Melisa (2021): [Gender and natural resource extraction in Latin America. Feminist engagements with geopolitical positionality](#)

---

## Glossar / Abkürzungen

**Advocacy** – politisch-anwaltschaftliche Arbeit im Sinn von Interessensvertretung

**Blue / green / pink / white washing** – Weißwaschen, Image-Aufbesserung

**Extraktivismus** – Ausbeutung von Rohstoffen, meist sind Erze und fossile Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas gemeint

**Gender** – soziales/sozial konstruiertes Geschlecht

**IWF** – Internationaler Währungsfonds

**LGBTIQ+** – Menschen, die sich als lesbisch, homosexuell, bisexuell, transsexuell, intersex, queer oder in anderer Weise non-konform in Bezug auf ihr Geschlecht oder ihre Sexualität identifizieren (anders als binär als Mann/Frau und heterosexuell)

**SGBV** – Sexual and gender-based violence - sexuelle/sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt

**UN WOMEN** – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

---

## Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien, Tel: (+43-1) 317 40 31

[office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at) [www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at) ZVR-Zahl: 626905553

**Redaktion:** Claudia Thallmayer

**Mitarbeit:** Eva Lachkovics, Sara Mohamad, Daniela Pfeffer, Jennifer Pitter-López, Lisa Rail, Carina Scheibreithner, Edith Schnitzer, Aleksandra Natalia Wojenska

Gefördert durch die

 **Österreichische  
Entwicklungs-  
zusammenarbeit**

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

**WIDE-Update 2/2022**, Extraktivismus, April 2022

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: [office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at).

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>